



VDM-SYMPOSIUM UND PARLAMENTARISCHER ABEND 2023

Nationale Wasserstrategie gelingt nur im Schulterschluss aller Akteure

Von Bastian Herzig

Am 23. Mai 2023 diskutierte der Verband Deutscher Mineralbrunnen (VDM) im Rahmen seines Symposiums und Parlamentarischen Abends in Berlin unter dem Titel „Wasserressourcen schützen – Zielkonflikten vorbeugen“ mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie einer NGO. Im Mittelpunkt von zwei namhaft besetzten Diskussionsrunden standen die Nationale Wasserstrategie sowie die komplexen Herausforderungen bei deren Umsetzung. Beim Parlamentarischen Abend beleuchtete Keynote-Speaker Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts, den im Grundgesetz verankerten staatlichen Schutzauftrag für die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser, an dem auch die wasserrechtliche Nutzungsart als Mineral- und Heilwasser teilnimmt. Mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Einladung des VDM ins Berliner Humboldt Carré gefolgt.

„Wir wollen heute über das kostbare Gut Wasser sprechen – über nachhaltige Nutzung und den Schutz insbesondere von Grundwasser“, mit diesen Worten führte Jürgen Reichle, Geschäftsführer des VDM, in seiner Eröffnungsansprache in die Thematik der Veranstaltung ein, um anschließend aus seiner Sicht die wesentlichen Herausforderungen aufzuzählen und auf die Dringlichkeit zum Handeln hinzuweisen. Grundsätzlich sei Deutschland weiterhin ein wasserreiches Land und es herrsche kein Wasserstress. Herausforderung ist allerdings die mengenmäßige Entwicklung (Quantität) und die Qualität des Grundwassers als wesentliche Grundlage für unser Wasser zum Verzehr: Das Wasserdargebot, die Grundwasserstände sowie die Grundwasserneubildung sind in den letzten Jahren gesunken, der Wasserverbrauch hingegen angestiegen. Gleichzeitig verschlechterte sich vielerorts die Qualität der Grundwasserkörper durch zu viel Nitrat, Pestizide und Spurenstoffe.

Das Wasserdargebot, die Grundwasserstände sowie die Grundwasserneubildung sind in den letzten Jahren gesunken, der Wasserverbrauch hingegen angestiegen

Wasser für die Lebensmittelindustrie als wesentlicher Bereich zur Daseinsvorsorge benannt

Reichle begrüßt, dass sich die Nationale Wasserstrategie dieser Herausforderungen annimmt, mit dem Ziel sicherzustellen, dass es auch noch in 30 Jahren überall und jederzeit hochwertiges bezahlbares Trinkwasser gibt. „Kernanliegen der deutschen Mineralbrunnen ist der nachhaltige Wasserschutz und die verantwortungsvolle Wassernutzung in allen Lebensbereichen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen müssen im Schulterschluss mit allen Akteuren zügig mit Leben gefüllt und föderal umgesetzt werden“, formuliert Reichle eine zentrale Forderung des Verbands. Dafür sei unter anderem ein belastbares, nationales Lagebild über Wassernutzung und Transparenz bei allen Wasserentnahmen, insbesondere auch aus dem Grundwasser, zwingend erforderlich. Aus



Sicht der Mineralbrunnen müssen bei der Umsetzung der insgesamt 80 Aktionsprogramme der dauerhafte Schutz und die Wiederherstellung des naturnahen Wasserhaushalts sowie das Vorbeugen von Wasserknappheit und Zielkonflikten oberste Priorität genießen. Zudem gilt es, die Risiken durch Stoffeinträge zu begrenzen, das allgemeine Bewusstsein für die Ressource Wasser zu stärken, die an der Umsetzung beteiligten Verwaltungen leistungsfähiger aufzustellen und die Datenflüsse zu optimieren. Reichle erläutert die große Bedeutung der Mineralbrunnen für die Versorgung der Bevölkerung. Die Bevölkerung in Deutschland deckt ihren täglichen Flüssigkeitsbedarf zu 25 Prozent mit Mineralwasser und bekommt dabei wichtige Mineralstoffe und Spurenelemente für eine ausgewogene Ernährung gleich mitgeliefert. Dabei entnimmt die Branche gerade einmal 0,17 Prozent des Wassers, was einem Anteil von 1/100 des Verbrauchs der öffentlichen Wasserversorgung entspricht. „Deshalb ist es auch folgerichtig, dass dies in der Nationalen Wasserstrategie berücksichtigt ist und die Lebensmittelwirtschaft und damit auch die Mineralbrunnen hier als kritischer Bereich in der Daseinsvorsorge benannt sind“, betont der VDM-Geschäftsführer.

DISKUSSIONSRUNDE I:

Welchen Rechtsrahmen kann/muss die Politik für den Wasserschutz festlegen?

In der ersten Gesprächsrunde diskutierte der neue VDM-Vorsitzende, Roel Annega, mit den jeweiligen Berichterstattenden der Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und SPD über den politischen Handlungsrahmen für einen effektiven Wasserschutz sowie die Bedeutung der deutschen Mineralbrunnen für die Versorgung der Menschen. Dabei hoben sie die aus ihrer Sicht wichtigsten Aspekte bei der Umsetzung der Nationalen Wasserstrategie hervor.

Dunja Kreiser (SPD) betonte, dass die Verfügbarkeit von Trinkwasser für alle und zu jeder Zeit oberste Priorität genießt und dass es deshalb auch dementsprechend geschützt werden müsse. Der Fokus müsse dabei insbesondere auf die menschenverursachte Einbringung von Spurenstoffen und die Vermeidung und Beseitigung von anthropogener Verschmutzung gelegt werden. Von der Umsetzung der europäischen Kommunalabwasserrichtlinie erhoffe sie sich zudem deutliche Fortschritte bei der Vermeidung von Stoffeinträgen aus der Landwirtschaft, da dies technisch gut umsetzbar ist. Da es große Unterschiede in den Gesetzgebungen auf Länderebene gibt, müssen zwingend Vereinheitlichungen vorgenommen und einheitliche Standards gesetzt werden. „Föderalismus ist zwar wichtig, aber es ist ein großes Problem, wenn die Umweltbehörden der Länder unterschiedliche Datenschutzkriterien haben“, so Kreiser. Neben der Betrachtung von ausreichend Qualität und Quantität der Ressource Wasser müsse aber auch die Nutzung berücksichtigt werden. Denn wenn man regionale Produkte verkaufen möchte, dann muss auch die regionale Landwirtschaft Wasser in ihrer Produktion nutzen dürfen. Sie verwies auf den Niedersächsischen Weg, bei dem die Ressource Wasser gegenüber der Landwirtschaft und gegenüber dem Naturschutz durch einen ganz intensiven Dialog miteinander in Einklang gebracht werden konnte.

„Föderalismus ist zwar wichtig, aber es ist ein großes Problem, wenn die Umweltbehörden der Länder unterschiedliche Datenschutzkriterien haben“

Für **Dr. Jan-Niclas Gesenhues (Bündnis 90/Die Grünen)** eignet sich die Wasserpolitik gut dafür, das Einnende zu finden, denn für alle steht die Garantie einer funktionierenden Trinkwasserversorgung an erster Stelle. Bei dem Bestreben, einen gesunden Wasserhaushalt herzustellen, müsse die Natur als Verbündete angesehen werden. Einen weiteren Rückgang der Grundwasserneubildung gilt es ebenso zu verhindern wie auch intakte Ökosysteme als Wasserspeicher für Dürrezeiten gesund zu machen, um sie als natürliches Schutzschild vor Extremereignissen zu aktivieren. Des Weiteren sei



laut Gesenhues das Wasserrecht zwingend auf die Höhe der Zeit zu bringen. „Allein im Sinne einer Wettbewerbsgleichheit braucht man eine Harmonisierung der Wasserentnahmen und eine klare gesetzliche Regelung und Vereinfachung der Wasserwiederverwendung. Wasser muss insgesamt besser geschützt und die Hersteller bei der Vermeidung und Beseitigung von Spurenstoffen stärker in die Verantwortung genommen werden“, so der Grünen-Politiker. Einnahmen aus einem bundesweit zu vereinheitlichenden Wasserentnahmeentgelt sollten zweckgebunden zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie genutzt werden, um den Wasserhaushalt insgesamt zu verbessern. „Wir Grünen erwarten einen vom Kanzleramt koordinierten Bund-Länder-Pakt, bei dem für die Umsetzung der Nationalen Wasserstrategie ausreichend personelle Ressourcen und Maßnahmen der Digitalisierung geschaffen werden“, fordert der Bundestagsabgeordnete. Mit dem vier Milliarden Euro schweren Programm „Natürlicher Klimaschutz“ sei unlängst das größte Paket für Gewässerschutzmaßnahmen und Wasserhaushaltsoptimierung auf den Weg gebracht worden.

Muhanad Al-Halak (FDP) begrüßte zu Beginn seiner Ausführungen, dass das Thema Wasser erstmals in einem Koalitionsvertrag steht. Dies war ein erster wichtiger Schritt und der zweite folgt nun mit der Umsetzung der Nationalen Wasserstrategie. Für ihn spiele die Digitalisierung aller Daten eine entscheidende Rolle, um die Lage überhaupt vernünftig bewerten zu können. „Insbesondere digitale Wasserzähler, sogenannte Smart-Meter, seien geeignete Tools, um den tatsächlichen Verbrauch von Trinkwasser messen und Leckagen in Trinkwasserleitungen erkennen zu können. Allein in Bayern könnten so Trinkwasserverluste von bis zu 46.000 Kubikmeter, das entspricht 13 Prozent, vermieden werden“, so der FDP-Politiker. Allgemein müsse mehr Sensibilität für Trinkwasser geschaffen werden, um sparsamer mit der Ressource umgehen und für Dürrezeiten vorsorgen zu können. Al-Halak halte die Einführung der vierten Reinigungsstufe

für Kläranlagen dort für sinnvoll, wo es notwendig ist. In Anbetracht der Tatsache, dass es Kläranlagen gibt, die noch nicht einmal über eine zweite Reinigungsstufe verfügen, hält er eine pauschale Einführung der vierten Stufe für nicht geboten.

Astrid Damerow (CDU/CSU) betonte, dass an der Notwendigkeit einer Nationalen Wasserstrategie kein Zweifel bestehe, jedoch fehle es ihr an Priorisierungen von Maßnahmen und Ansätzen, wie Nutzungskonflikte gelöst werden können. Für jede Maßnahme müsse ein Zeitplan erstellt und die Finanzierbarkeit hinterlegt werden. „Für die CDU/CSU ist es besonders wichtig, die Kommunikation mit den beteiligten Ländern und Kommunen zu stärken sowie den Dialog mit den Berufs- und Interessensverbänden zu forcieren, um Nutzungskonflikte adressieren und offen diskutieren zu können“, sagt Damerow. Die Bundestagsabgeordnete ist sich sicher, dass der Datenschutz mögliche Zugriffsmöglichkeiten behindere, die bei der Erstellung einer übersichtlichen Datenlage für Wassernutzung hilfreich wären. Sie fordert eine Verschlinkung von Verwaltungsabläufen mit Unterstützung der Digitalisierung. Wasserentnahmeentgelte sollten für sie bundesweit einheitlich geregelt werden und für alle Nutzer gleich gelten. Sie plädierte für die Wahlfreiheit der Bürger, wenn es um die Wahl zwischen Leitungswasser und Mineralwasser geht. Damerow weist zudem darauf hin, dass Mineralbrunnen auch und gerade in Notsituationen gebraucht werden und beide Wassergattungen zu schützen seien.

Für **Roel Annega (VDM-Vorsitzender)** müsse die Erstellung eines belastbaren nationalen Lagebildes über die Verfügbarkeit und die Entnahmen von Wasser im Fokus stehen. Ebenso gelte es, Wasserverschmutzungen so weit wie möglich zu vermeiden und die Beseitigung nach dem Verursacherprinzip zu regeln. Zudem brauche Deutschland einen einheitlichen Orientierungsrahmen, in dem die regionale Priorisierung im Bedarfsfall geregelt wird. „Insgesamt geht es um den Verbraucher und

„Wir Grünen erwarten einen vom Kanzleramt koordinierten Bund-Länder-Pakt, bei dem für die Umsetzung der Nationalen Wasserstrategie ausreichend personelle Ressourcen und Maßnahmen der Digitalisierung geschaffen werden“



nicht um den Verbrauch. Wir halten es für wichtig, dass bei Priorisierungsentscheidungen auch die Belange der individuellen Wassernutzer und die Bedeutung der Wassernutzung für die Allgemeinheit miteinfließen müssen“, so der Verbandsvorsitzende. Um effektive Einsparungen beim Wasserverbrauch erzielen zu können, bedarf es laut Annega gezielter Aufklärungskampagnen für die Bevölkerung, schließlich sei zuletzt auch der Pro-Kopf-Verbrauch von Leitungswasser um sieben Liter angestiegen. Zuletzt betonte Annega, dass ein Umdenken bei der Wasserinfrastruktur stattfinden und mehr Wasser in der Fläche gehalten werden müsse. Hierfür müssten Genehmigungsverfahren vereinfacht werden.

DISKUSSIONSRUNDE 2:

Wasserressourcen schützen – Zielkonflikten vorbeugen

Im zweiten Panel standen konkrete Maßnahmen für den Schutz von Wasserressourcen und zum Vorbeugen von Zielkonflikten im Mittelpunkt der Fachdiskussion. Alle Beteiligten waren sich einig, dass die Begrenzung der Risiken der Wasserverschmutzung durch Stoffeinträge von grundsätzlicher Bedeutung für den Schutz der Wasserressourcen ist. Ferner müssen die Grundwasserneubildung gefördert und Investitionen in die Wasserinfrastruktur forciert werden, um diese an die Folgen des Klimawandels anzupassen.

Prof. Dr. Florian Einsiedl, Professor für Hydrogeologie an der TU München, hält es für wichtig, dass alle Akteure zunächst ein Grundverständnis für das Ökosystem Grundwasser bekommen und erkennen, wie Grundwasser auf Stress reagiert. „Wenn man das Ökosystem Grundwasser richtig verteilen will, benötigt man ausreichend Daten. In Bayern steht man diesbezüglich blank da und man weiß nicht wirklich, wie viel Wasser insgesamt vorhanden ist und wie sich das Wasserdargebot vor Ort darstellt“, so der Hydrogeologe. Bestehende Schutz-

gebiete müssten dauerhaft erhalten bleiben, denn man brauche die Flächen, um die Grundwasserneubildung zu fördern und Grundwasserleiter nachhaltig bewirtschaften zu können. „An oberster Stelle steht für mich der Schutz von Tiefengrundwässern, da sie als eiserne Reserve dienen. Zudem müssen die oberflächennahen Grundwasserleiter, die nachhaltig bewirtschaftet werden können, auch in der Qualität so hergestellt werden, dass wir sie nutzen können“, fordert Einsiedl. Von der Politik wünscht er sich, dass entwickelte Verfahren zur Entziehung von Stickstoff aus kontaminiertem Grundwasser erlaubt werden. Und um flächendeckend für ausreichend Trinkwasser zu sorgen, sieht er Fernleitungen als geeignet an, um Wasser aus niederschlagsreichen in niederschlagsarme Regionen zu transportieren.

Diana Nenz, Referentin für Gewässerpolitik beim Naturschutzbund Deutschland, begrüßt, dass mit

der Nationalen Wasserstrategie ein großer Systemwandel und eine sozial-ökologische Transformation angestrebt wird. „Für den NABU ist der Erhalt und die Wiederherstellung von funktionierenden und resilienten Ökosystemen sowie ein funktionierender naturnaher Wasserhaushalt die Grundlage für die Wassersicherheit in Deutschland“, so Nenz. Um dem Klimawandel und der zunehmenden Trockenheit effektiv zu begegnen, müsse man das Wasser in der Landschaft zurückhalten, den Naturhaushalt rehabilitieren und die Flusssysteme umfassend renaturieren. Auch müsse man – gerade im urbanen Raum – vermehrt darüber nachdenken, wie Wasser wiederverwendet werden kann. Hierfür gilt es die Infrastrukturen in den Städten umzubauen sowie neue Leitungs- und Brauchwassersysteme herzustellen. Anstatt flächendeckend alle Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe auszustatten, hält Nenzel es für zielführender, die Hersteller mehr in die Verantwortung zu nehmen. So könnten diese dazu gebracht werden, Produkte aus der Produktion herauszunehmen oder eine Vorreinigung selbstverantwortlich vorzunehmen.

Steffen Pingen, Leiter Umweltpolitik und Nachhaltigkeit beim Deutschen Bauernverband,

hob angesichts des Klimawandels die hohe Bedeutung von Wasser auch für die Produktion und die Böden der Landwirtschaft hervor. Eine der großen Herausforderungen für die Nahrungsmittelproduktion werde es sein, mehr bewässern zu müssen und dafür mehr Wasser in der Landschaft zurückzuhalten. Gleichzeitig hielt er fest: „Das Ziel der Landwirtschaft ist generell, effizient zu wirtschaften, und das bedeutet auch, möglichst wenig Dünger einzusetzen. Jüngste Zahlen belegen, dass an knapp 77 Prozent der Messstellen in der Landwirtschaft die Nitratobergrenzen eingehalten werden. Dort, wo dies noch nicht der Fall ist, wird weiter nachgebessert werden müssen“, so der Umweltexperte. Es seien bereits deutliche Rückgänge des Düngeabsatzes und der Tierbestände zu verzeichnen. Und durch neue Techniken und besseres Wissen über Effizienz der Düngung wird die Praxis regelmäßig besser. Mit Blick auf die Wasserwiederverwendung in der landwirtschaftlichen Nutzung gelte es, die entsprechenden hohen Qualitätsanforderungen an die Lebens- und Futtermittel in Deutschland zu berücksichtigen. „Fakt ist aber auch, dass man in Deutschland eine Nahrungsmittelherzeugung will und nicht auf Produktion in Deutschland verzichten, ins Ausland verlagern oder den nationalen Bedarf über Importe decken will“, stellt Pingen klar. Abschließend lobte Pingen die Spurenstoff- und Wasserdialoge, aus denen hervorging, dass neben der Landwirtschaft auch mit Akteuren geredet werden muss, die für Einträge aus Arzneimitteln, Wasch- und Reinigungsmitteln zuständig sind.

Für **Dr. Jörg Rechenberg vom Umweltbundesamt** steht fest, dass mit der Umsetzung der 80 Aktionen der Nationalen Wasserstrategie die Arbeit erst richtig beginne. Eine interministeriale Arbeitsgruppe werde sich bald das Aktionsprogramm anschauen und dann die Aktionen untereinander verteilen.

„Wichtig sind Prognoseinstrumente, um das verfügbare Wasser gut bewirtschaften zu können. Dafür ist es erstens essenziell, ausreichend Daten zu erheben, und zweitens, diese gut zusammenzubringen“, erläuterte Rechenberg. Den Landschaftswasserhaushalt müsse man in seiner Gänze betrachten und dafür sorgen, dass Stoffeinträge minimiert, reduziert und verhindert werden. Seit dem EuGH-Urteil sei in der Tat einiges passiert, denn aufgrund der Vertragsverletzungen war der Druck zum Handeln für Deutschland groß. Er bekennt sich klar zum Verursacherprinzip und erkennt an, dass die Landwirtschaft sich auf den Weg gemacht und ihren Düngemiteleinsatz deutlich reduziert hat. „Grundsätzlich bin ich für die Nachrüstung von Kläranlagen mit der vierten Reinigungsstufe, allerdings reicht meiner Meinung nach die Nachrüstung der 230 größten Anla-

gen in Deutschland aus“, so Rechenberg. Zwar wisse man aus Modellierungen der vergangenen Jahrzehnte, wie hoch das Wasserdargebot für die ganze Republik ist, allerdings gäbe es keine Übersichten darüber, wie viel Wasser tatsächlich entnommen wird, weil es viele Ausnahmen gibt. Wenn Daten statistisch erfasst werden, dann bislang nur in Zusammenhang mit einem Wasserentnahmeentgelt.

Für **Jürgen Reichle** gehe es beim Schutz von Wasserressourcen in erster Linie um hochwertiges Wasser, das sich zum Verzehr durch den Menschen eignet. Er führte aus, dass Kernanliegen der deutschen Mineralbrunnen der nachhaltige Wasserschutz und die verantwortungsvolle Wassernutzung in allen Lebensbereichen sind. Die mit der Nationalen Wasserstrategie vorgeschlagenen Maßnahmen müssen im Schulterschluss mit allen Akteuren zügig mit Leben gefüllt und föderal umgesetzt werden. „Dafür ist aus meiner Sicht zunächst ein belastbares, nationales Lagebild über Wassernutzung und Transparenz bei allen Wasserentnahmen, insbesondere auch aus dem Grundwasser, zwingend erforderlich. Hierfür müssen ausreichende personelle Ressourcen und fachliche Expertise in den Behörden zur Verfügung stehen.“ Um überhaupt priorisieren zu können, müsse man ein besseres Verständnis für die Wasserentnahmen und das Wasserdargebot haben und entsprechend aussagekräftiges Datenmaterial sammeln. Reichle führte aus, dass Wasser ein regionales Thema sei und es deshalb hinsichtlich geeigneter Wasserschutzmaßnahmen eines Baukastensystems bedarf. Je nach Lage vor Ort könne dann faktenbasiert vorgegangen und festgelegt werden, ob entweder die Nachrüstung von Kläranlagen mit der vierten Reinigungsstufe oder der Einsatz von Technologien, mit denen Nitrat aus dem Grundwasser entzogen werden kann, oder die Herstellung eines naturnahen Wasserhaushalts die sinnvollste Lösung ist.



Mit Blick auf die Wasserwiederverwendung in der landwirtschaftlichen Nutzung gelte es, die entsprechenden hohen Qualitätsanforderungen an die Lebens- und Futtermittel in Deutschland zu berücksichtigen.



Parlamentarischer Abend mit Keynote-Speaker Professor Di Fabio

Von Bastian Herzig

Beim Parlamentarischen Abend schaute Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, Verfassungsrechtsexperte und Richter am Bundesverfassungsgericht a.D., in seiner Keynote auf den im Grundgesetz verankerten Schutzauftrag für die Versorgung der Menschen. Danach hat der Staat nicht nur Leib und Leben vor schädlichen Einwirkungen zu schützen, sondern auch die Voraussetzungen zu schaffen, dass gesundheitlich einwandfreies Wasser gewonnen werden kann. Auch die wasserrechtliche Nutzungsart als Mineral- und Heilwasser zur Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser nimmt an dem staatlichen Schutzauftrag teil. Der Staat erfüllt seine Verantwortung, indem er im Rahmen der Daseinsvorsorge die Versorgungsaufgabe der Menschen mit Mineralwasser marktwirtschaftlichen Akteuren übertragen hat. Dabei ist die Nahrungsmittel- und Getränkewirtschaft wie auch speziell die marktwirtschaftliche Gewinnung von Mineralwasser als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu werten. Die Nationale Wasserstrategie berücksichtigt dies bereits prin-

zipiell, jedoch kommt es laut Di Fabio darauf an, dass es sich im Rahmen der weiteren Umsetzung in den Bundesländern wiederfindet.

Bei der anschließenden regen Diskussion zwischen Professor Di Fabio und dem VDM-Vorsitzenden Annega nutzten zahlreiche Gäste die Gelegenheit, Fragen zu stellen. Zum Abschluss zog Annega das Fazit, dass es jetzt wichtig sei, unmittelbar in die gemeinsame Umsetzung zu gehen, insbesondere bei den Themen Transparenz der Daten und gezielten Maßnahmen für den Wasserschutz. Wenn es zu Priorisierungsentscheidungen kommt, müsse dies faktenorientiert, ideologiefrei und am Gemeinwohl orientiert geschehen. In der Nationalen Wasserstrategie ist festgehalten, dass die Lebensmittelwirtschaft und damit auch die Mineralbrunnen eine wichtige Rolle in der Daseinsvorsorge übernehmen. Nun komme es laut Annega darauf an, dass sich dies auch im Rahmen der weiteren Umsetzung in den Bundesländern wiederfindet.

